

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Postbestellung ins Haus durch unsere Postträger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Postgebühren; durch die Post 1,20 RM. außer 42 Pf. Postgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 5 Mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Rücksende unserer Originalabonnements ist nur mit bestellter Quittungsmenge gestattet.
— Für Rücksende unrichtiger Einlieferungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilagenzeile oder deren Raum für Merseburg und Umgegend 10 Pf. kleinste Anzeigen 25 Pf. anderwärts pro Zeile 20 Pf. im Restateme 40 Pf. Bei fortwährender Sach entprechender Ausstattung, Größere für Erziehung und Lehrerbücher. Für Hochschulen und Universitäten besondere Berechnung, nach Umständen mit Honorarzahlung. Gründungsart Merseburg. Bei größeren Geschäftsabzügen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Postamtsschluss bis 10 Uhr vorzulegen.

Nr 142

Freitag den 20. Juni 1913.

39. Jahrg.

Die Wirkung der Zarenbefehle.

Daß Rußland alles aufbieten würde, um einen Krieg zwischen den Balkanverbindeuten zu verhindern und die Einigkeit zwischen diesen wieder herzustellen, war leicht vorauszusetzen. Die Gefügigkeit Bulgariens und Serbiens ist jedoch nicht so glatt und leicht zu erreichen gewesen, wie man angesichts der hohen Autorität, welche der Zerscher aller Neuplan auf dem Balkan genießt, erwarten mochte. Nicht ohne merklichen Widerwillen und nicht ohne Verblüffung und Einschränkungen unterwarf man sich dem guten Willen, die Wölung des Koalitions der Entscheidung des russischen Kaisers anzuerkennen. Ministerwechsel da und dort mußten vorhergehen, und die Antwort, welche König Ferdinand dem Zarbefehl erteilte, ist formal von einem Stolz und einer Festigkeit des Entschlusses durchhaucht, daß sie an und für sich in Petersburg imponieren könnte. Sie ist in einem Tone gegeben, der von dem Bewußtsein herzukommen scheint, daß der bulgarische Souverän das Schicksal seines, dem Sultan noch tributpflichtig gewesenen Vorgängers auf dem Throne nicht fürchten zu müssen braucht. Als der Battenberger aufbrachte, der moskowitzischen Politik willfährig zu sein, wurde er bekanntlich nachlässigermode von russischen Schergen aus dem Beite geholt, über die Grenze geschickt und damit abgesetzt.

Im Grunde aber fühlte sich König Ferdinand in seiner Ernennung denn doch dem Worte des Zaren, und man ist in Petersburg wohl von dem Bulgaren, als man von der sich schon in Abklärung befindet, die dem Wortlaute nach in Bezug auf die Forderungen ebenfalls alle Zumutungen des Gegners vor sich weiß, aber doch zu verlassen gibt, daß man dem russischen Gebotspruch mit Vertrauen entgegenstehe. Die zarische Regierung weiß sehr wohl, daß die Kumbingungen der Balkanbünde nicht deren ureigenen, unbeliugten Erwägungen entstehen, sondern den Willen der nationalen Ullras äußern, die in ihren Parlamenten die Mehrheit bilden. Diese radikalen Parteien machen in Wahrheit die Politik, und die Könige rüchtern, forsagen zu werden, falls sie ernstlich beruhen, eigene Wege zu gehen. Sind solche unumgebar geworden unter dem Zwange der Umstände, so muß den Ansprüchen und Forderungen jener wenigstens in der Form Rechnung getragen werden. In Petersburg täuscht man sich, wie gesagt, in dieser Beziehung nicht im geringsten und weiß die „Unbegreiflichkeit“ der betreffenden „Staatsleer“ richtig einzuschätzen. So sind denn die Ministerpräsidenten der vier Verbündeten nach der russischen Hauptstadt eingeladen worden, um dort eine nachhaltige Einigung zwischen ihnen herzustellen. Es sind, wie gesagt, reue Ministerpräsidenten, die sich dort zusammenfinden werden, da die bisherigen ihren Parlamentenmehrheiten ihr Ehrenwort darauf gegeben hatten, sich unter keinen Umständen zu Konzeptionen an den Gegner herbeizulassen, und da sie nicht des Wortbruchs und der Unzuverlässigkeit geglieden werden wollen. Ihr Verschwinden aus dem Amte bewirkt auch, daß man eingesehen hat, dem vor der Neua gekommenen Kommando gehören zu müssen.

Wohl nicht überall freut man sich der jetzt sicher gewordenen Erhaltung des Friedens auf dem Balkan. Die Annahme liegt nahe, daß es Jungtürken und Alttürken gern gesehen hätten, wenn der Kriegstreigen zwischen den verbündeten Gegnern erblühte und dem osmanischen Reiches Gefährlichkeit und Anlaß gegeben worden wäre, sich „zum eigenen Schutze“ einzumengen, den „im aufgezogenen“ Friedensvertrag zu revidieren und die darin festgesetzten Grenzen mehr oder weniger west- und nordwärts vorzuschieben. In dieser Beziehung hoffnungsvoller, als die in den letzten zehn Monaten so oft enttäuschten Jungtürken, sollen die Alttürken seit einiger Zeit gewesen sein, und zwar unter dem Einfluß des nach Anatolien verplanten Gultans Abdul Hamid, der auf diese Weise den Rückzug vom Throne sich habe bahnen wollen. Wer weiß, ob die Ernennung des jungtürkischen Großwesiers Mahmut Schewket Pascha nicht bestimmt war, diesen Umwälzung einzuleiten? Der Zarenbrief mit seinen Wirkungen machte freilich einen dicken Strich durch diese Rechnung und ist deshalb geeignet, jenseits des Bosphorus

und selbstverständlich auch in Konstantinopel einen nachhaltig depressierenden Eindruck zu machen.

Andere Gefühle hat er in Österreich Ungarn hervorgerufen. Dort nimmt man Vorstoß daran, daß Kaiser Nikolaus die vier Könige auch in Rücksicht auf die gemeinsamen slawischen Interessen zur Einheit zu mahnen für gut fand. Daß man in diesen dieses Moment nur mit geteilten Gefühlen aufgenommen hat, da die Griechen zwar viel slawisches Blut in den Adern fließen haben, aber doch keine Slawen sein wollen, tut wenig zur Sache. In Wien und Budapest glaubt man in dieser zarischen Hervorhebung eine parlamentarische Aktion zu erblicken, die beabsichtigt ist, weil alle bisherigen Zerscher Rufstands sich davon bewahrt hätten, in den Bescheid parlamentarischer Zustimmung zu kommen. In Wirklichkeit aber hat wohl noch niemand daran gewagt, daß irgend ein russischer Kaiser nicht beflissen gewesen wäre, die parlamentarische Propaganda für seine Zwecke auszunutzen.

Das Besitztsteuerkompromiß.

Die „Völnische Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift aus der national liberalen Reichstagsfraktion, in der zunächst auf den Widerstand der Einzelstaaten gegen die Reichsvermögenssteuer hingewiesen wird. Darnach schied sich, wie der Verfasser weiter ausführt, die Erbschaftsteuer in den Vordergrund. „Für die Erbschaftsteuer, ausgehend auf Erbkrankung und Erbgatten, treten ein Nationalliberale, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie, also die Mehrheit des Reichstages. Es ist kein Zweifel, daß der Bundesrat diese Erbschaftsteuer annehmen würde, und es ist ein sines Geheimnis, daß viele Bundesstaaten eine solche Entschlebung des Reichstages erwarten. So wirt sich die Frage auf, weshalb die liberalen Parteien nicht ohne Rücksicht auf die Rechte den Antrag wegen der Erbschaftsteuer einbringen. Die Gründe sind klar. Es wird zunächst verständlich sein, wenn der Versuch gemacht wird, bei einer so wichtigen nationalen Frage, wie es die Wehrvorlage ist, auch bei der Deutung die Einigung der Fraktionen in herbeizuführen. Wird diese Einigung mit dem Zentrum nicht erzielt, so liegt die Möglichkeit der Reichstagsauflösung vor. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum — man denke an 1887 und 1893 — mangels beschlossener Deutung oder weil ihm die beschlossene Besteuerung des Kindesvertrages nicht paßt, die Wehrvorlage in dritter Lesung ablehnt. Das ist zwar nicht wahrscheinlich, aber immerhin möglich! Die national-liberale Partei wird einer solchen Möglichkeit mit Ruhe entgegensehen, unter der Parole „Wehrvorlage und Erbschaftsteuer“ wird sie des Erfolges bei den Wahlen sicher sein. Ebenso wichtig wird es aber sein, wenn sie und mit ihr die Volkspartei, die Hand zur Einigung bietet.

So erklärt sich der Versuch, auf Grund des Besitztsteuergeheßes, das die Regierung vorgelegt hat, eine Einigung zu erzielen, und es mit dem Vermögenszuwachssteuergesetz als Einigungsgrundlage zu versuchen. Es enthält die Besteuerung des Kindesvertrages in abgeschwächter Form und darin die Einigungsbasis. Bekanntlich hat die preussische Regierung von Anfang an versucht, das Vermögenszuwachssteuergesetz zum Hauptstück der Deckungsvorlage zu machen, ist dabei aber auf den Widerstand anderer Bundesstaaten geschlossen.

Gelingt die Einigung nicht, dann bleibt, so schließt die Zuschrift, den liberalen Fraktionen nichts anderes übrig, als ihre Anträge wegen der Erbschaftsteuer einzubringen. In der national liberalen Fraktion ist darüber vollständige Einigkeit vorhanden. Es steht indes zu erwarten, daß eine Einigung in der Kommission zwischen Zentrum und den beiden liberalen Fraktionen erfolgt, daß sich die Sozialdemokratie und wenn sie nicht ablehnen werden, auch die deutschkonservative Partei anschließen werden. Daß einer solchen Einigung gegenüber sich die verbündeten Regierungen ablehnend verhalten könnten, müssen wir als ausgeschlossen erachten, da sich für die Regierungsvorlage keinesfalls eine Mehrheit finden wird.

Über die Reichsvermögenszuwachssteuerverpflichtung Abg. v. Bayer in der „Frankf. Ztg.“ einen längeren Beirartikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Es wird mit großer Beifügigkeit verlangt, man solle statt dieses Zuwachses jeweils das Vermögen selbst besteuern, also eine normale Reichsvermögenssteuer einführen. Dem Reich könnte das recht sein, denn diese Steuerquelle fliehet reichlich. Bei der ersten Prüfung der Deckungsvorlage haben sich Zentrum, Sozialdemokratie, Nationalliberale und Volkspartei für eine solche Vermögenssteuer ausgesprochen, und es ist heute zweifellos eine große Mehrheit für sie im Reichstag vorhanden. Der Haken ist nur der, daß die verbündeten Regierungen erklären, daß sie diese Steuer keinesfalls zu sich nehmen werden, weil sie sie notwendig brauchen, um leben zu können, und daß sie sehr ungenügend nur der einmaligen Besteuerung des Zuwachses aufkommen.

Was wird nun der Zuwachssteuer sonst noch vorgeworfen? Daß sie eine Besitztsteuer ist, kann doch eigentlich niemand bestreiten. Daß sie als gleichmäßig erlastet ist bei gleicher Veranlagung, sochfalls unter solche von 10000 bis 200000 M. an steuerpflichtig werden sollen, wenn sie wachsen, kann man von einer unbilligen Belastung der Kleinen auch nicht reden. Da diese Veranlagung nur alle drei Jahre einmal kommt, und da auch nur größere in der dreijährigen Periode entfallende Vermögenszuwächse — sogar ein einmalige nicht unter 10000 M. — umfacht werden sollen, kann man auch von einer kleinlichen und unbilligen Steuer nicht reden. Das Eindringen der Steuerbehörde in die Verhältnisse des Steuerzahlers wird kein Haar größer sein, als das bei Veranlagung der einzelstaatlichen Vermögenssteuer und bei dem Abschlag. Aber, heißt es, die Steuer ist eine Steuer auf den Gewerbesitz selbst. Wozu denn? Gewiß nur der, der etwas vor sich bringt, besteuert. Aber ist denn das bei der Vermögenssteuer nicht auch so? Dort wird er sogar mit seinem früher vorhandenen und seinem neuerdings angekauften Vermögen jedes Jahr besteuert, bei der Zuwachssteuer nur einmal mit dem Zuwachs. Auch die Erbschaftsteuer umfaßt in der Regel natürlich den Nachlaß des Fleißigen und Sparamen anders, als den des Trügen oder Verschwenders, weil er größer ist.

Ein Zentrum ist es auch, wenn die Kapitalisten fürchten, bei wiederholten Schwankungen der Kurse ihrer Verwaltungen könnte eine mehrmalige schwebende Vermögensvermehrung durch Kurssteigerungen bei ihnen auch mehrmals als Zuwachsverneuert werden, während durch sie doch nur frühere Kursverluste ganz oder teilweise wieder eingeholt werden. Der Steuer wird aber in Wirklichkeit stets der höchste, einmal erreichte Stand des Vermögens zugrunde gelegt. Nehmen wir als Beispiel einen Kapitalisten, der auf den 31. Dezember 1913 als sein Vermögen 100000 M. einer Aktie, die parat steht, fassiert; nach drei Jahren steht sie 120000 M., der Zuwachs von 20000 M.; am Ende der nächsten drei Jahre steht sie auf 90000 M.; am Ende der nächsten drei Jahre steht sie auf 100000 M.; am Ende der nächsten drei Jahre steht sie auf 120000 M. Ein anderer Vorwurf geht dahin, daß es einig richtige gewesen wäre, die Erbschaftsteuer auf die Kinder auszuwehnen. Es wäre in der Tat schon gemellen, den schwarz-blauen Bloß gerade auf dem Gebiete zu schlagen, das er selbst als das geeignete und angelegentlich wichtigste gemäß hat, d. h. ihn in der Erbschaftsteuer niederzukommen. Aber eigentlich haben wir doch kein Interesse daran, den schwarz-blauen, wenn die Mehrheit bildenden Bloß geradezu aufzukommen zu lassen. Es ist auch ein Erfolg, gerade auf diesem Gebiete die konservativen aufzulösen, und in der Sache gibt das Zentrum ja nach und die vom Bund bedingten geführten konservativen verlieren die Schlacht. Die Erbschaftsteuer der Kinder hat als solches befeuert, wenn auch nur einmal und nicht zweimal, wie die anderen Erbschaften, die zunächst Erbschaftsteuer zahlen und vom verbleibenden Rest noch Zuwachssteuer. Aber man will und muß doch auch die Kinder mit der bebandeln als die anderen Erben. Dann aber die Hauptfrage: Die Besteuerung des Kindes hat natürlich auch ihre Grenzen, und es wäre kaum möglich gewesen, so viel aus ihr herauszuholen, als man neben den anderen Steuervorlägen der verbündeten Regierungen, Erbrecht des Staates, Erhöhung der Steuern auf Erhaltung von Gesellschaftsverträgen und Verbeibaltung des Reichsstaats zum Grundstückszempel unbedingt notwendig hat. Dies der Veranlagung allen Vermögenszuwachses kann man aber begrifflicherweise mehr herauszuholen als aus der Kindesvertragsstaaten allein, und es scheint mir keinen Zweck zu verdienen, wenn wir diese Wege nicht beschreiten wollen. Es beifügt uns, vom Gewerbe des Staates, dessen Freunde immer weniger zahlreich werden, abzuleben, den tatsächlich schädlichen Zu-

Teil der Kolonie erleichtern die Eisenbahnen eine rasche Orientierung. Der Ausbau des Bahnnetzes, ins besondere die Fortführung der Nordbahn und der Ausbau der Mittelaltdahn, wird Gegenstand ein gehender Prüfung sein. Von Kamerun gedenkt sich der Staatssekretär nach dem englischen Lagos, dem wichtigsten Hafen- und Handelsplatz der Westküste, zu begeben und sich dort sowie während der Besichtigung von Lagos bis Kano ausgebauten Eisenbahn mit den von den Engländern in Nigeria unter ähnlichen Verhältnissen wie in Kamerun und Togo befolgten Verwaltungsmethoden und den damit erzielten Erfolgen vertraut zu machen. Daran wird sich der Besuch des Schutzbezirks Togo schließen, für den etwa 14 Tage vorgesehen sind. Der Gouverneur, Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg wird den Staatssekretär in Lome empfangen. Von Lome aus kann man mit den drei vorhandenen Eisenbahnen und über ihre Endpunkte hinaus mit dem Automobil in kurzer Zeit große Teile der Kolonie kennen lernen. Von diesen Möglichkeiten wird der Staatssekretär Gebrauch machen. Der Ende Oktober in Hamburg eintraffende Boemann-Dampfer wird ihn dann in die Heimat zurückzuführen.

— (Hosengöllern in der bayerischen Armee) Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: „Durch die eben erfolgte Vereidigung des Königl. bay. 8. Feldart. Regts. in Nürnberg an den Prinzen Heinrich von Preußen und die gleichzeitige à la suite Stellung des Prinzen Eitel Fritz des Königl. bay. 4. Ceva-Regts. „König“ in Augsburg ist die Zahl der Hosengöllern, welche in den 1. bis 6. bayerischen Infanterie-Regimenten, aus drei geselligen. Kaiser Wilhelm II. ist bekanntlich Chef des 1. bayerischen Infanterie-Regiments in Bamberg und des 6. Infanterie-Regiments in Amberg. Das Königl. bay. 8. Ceva-Regiment in Weiz führt außer dem noch die Bezeichnung „Prinz Albrecht von Preußen“. Unzweifelhaft sei bei dieser Gelegenheit noch an die interessante Tatsache erinnert, daß bei dem jüdischen Regiment der Königs-Ceva-Regts. mit ihrer kleinsten grün-schwarzen Uniform der dienstälteste aktive Unteroffizier der bay. rindischen Armee, Wachtmeister Julius Kurze, ein Schlesier von Geburt, noch heute bei der 3. Eskadron seinen Dienst tut, der bei vielen seiner früheren nördlichen Untergebenen, welche ihrer Dienstpflicht bis zum Regiment genügt haben, noch im besten Andenken wegen seines humanen Wesens steht.

Die Jahreshundertfeier des zweiten Garderegiments zu Fuß.

Am dem festlich gekrönten Geburtstag des 2. Garderegiments zu Fuß in Berlin hat Mittwochnachmittag um 12 Uhr in Gegenwart des Kaisers und seines glänzenden Gefolges der Festappell zur Feier des 100jährigen Bestehens des 2. Garderegiments zu Fuß stattgefunden. Das Regiment, das aus dem Kobergerischen Infanterie-Regiment vor 100 Jahren selbst worden ist, und in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens in preussischen Garnisonen lag, ist erst in den 30er Jahren nach Berlin verlegt worden. Es hat mit großer Auszeichnung bei der Bewältigung des politischen Aufstandes, dann im Jahre 1848 in Berlin, in den Jahren 1866 bei Olmütz, Mosberg, 1870 bei Sedan, teilgenommen.

Um 11 Uhr vormittags verließ das gesamte Regiment die alte Kaserne in der Friedrichstraße, um sich, während die Fahnenkompanie die Fahnen aus dem Schloß holte, nach dem Festplatz in der Rathenower Straße zu begeben. Hier nahm das Regiment unter dem Kommando des Regimentkommandeurs Grafen von Kanbau Paradeaufstellung. Am Anblick an das Regiment formierten sich auch die aus allen Ecken Deutschlands herbeigeeilten Fahnenbesitzer sowie die ehemaligen Angehörigen des Truppendienstes in Paradeaufstellung. Um 12 Uhr trat der Kaiser in der Kaserne in der Rathenower Straße ein und über die Parade. Der Kaiser erwiderte das Grußwort des Regimentes mit freundlichen Gruß. Beim Ergehen des Kaisers präsentierte das Regiment, während die Veteranen die Händer entblösten. Der Monarch nahm aus der Hand des Regimentkommandeurs Grafen Kanbau den Frontrapport entgegen und ritt dann die Fronten ab. Beim Vorbereiten rief er den einzelnen Abteilungen jedesmal ein fröhliches „Guten Morgen“ zu. Dem folgte die Bekanntgabe eines Abnennsordes und der Gnadenbeweise und eine ferne Ansprache des Kaisers, in der er seine Glückwünsche ausdrückte. Dem ersten Bataillon des Regiments wurde das Säularenband verliehen. Nach dem Vorbemerklich des Regiments leitete sich der Kaiser an die Spitze der Fahnenkompanie und brachte sie persönlich zum Schloß zurück, auf dem neuen Wege vom Publikum selbst begrüßt.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 18. Juni.) Am Reichstag wurden am Mittwoch zunächst die in der Dienstag-Sitzung zurückgestellten Abstimungen zu den Artikeln la und lb der Wehrvorlage erledigt. Der sozialdemokratische Antrag auf allgemeine Einführung der Einjährig-zweijährigen wurde wegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Bei der Abstimung über die fortschrittliche Resolution auf Vorbereitung einer gesetzlichen Vertiefung der Dienstzeit entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend blieb das Ergebnis zunächst unentschieden. Die Gegenprobe ergab die Annahme der Resolution mit den Stimmen der Fortschrittspartei, der Sozialdemokraten, Polen, Dänen, Estländer und eines Teiles des Zentrums. Auch der fortschrittliche Antrag zur der Resolution der Budgetkommission auf Reform des Einjährigen-Verhältnisses, der die Ausdehnung des Militärvorgangenen auch auf hervorragende körperliche Leistungen fordert, wurde angenommen. Dagegen stimmten zur großen Mehrheit des Hauses die meisten Konversationen gemein-

sam mit den Sozialdemokraten. Mit diesem Zusatzantrag wurden die Resolutionen der Budgetkommission angenommen. Zum Artikel lb wurde der sozialdemokratische Antrag auf Abschaffung des Vorrückens gegen die Sozialdemokraten, Polen und Dänen abgelehnt. Die Kommissionsresolution auf Verminderung der Würden wurde wegen die Stimmen der äußersten Rechten angenommen. Bei der Fortsetzung der Beratung der Wehrvorlage kam dann das Kapitel der Garde zur Erörterung. In einer langen, mit scharfen Ausfällen gegen die Militärverwaltung gefüllten Rede, beprähmte der Sozialdemokrat Vensch einen Antrag seiner Freunde, der alle Einteilungen möglichst verbieten will. Der sozialdemokratische Redner, der zwei Ordnungsrufe erhielt, reiste mit seinen scharfen Angriffen den Kriegsmilitär zu einer heftigen Erwiderung, die in ein warmes Lob für die Garde und ihre Leistungen in früheren Kriegen auslief. Die Sozialdemokraten antworteten mit Äußerungen. In der Sache bekämpfte der Kriegsmilitär nicht nur die sozialdemokratischen Angriffe, sondern auch den fortschrittlichen Vorschlag, der die Privilegierung einzelner Regimenter hinsichtlich Garnisonort, Abnennung und Aushebung bezieht. Er suchte auch die Tatsache, daß gewisse Regimenter in der Hauptstadt nur abnenn Offiziere haben, abzuschwächen. Dagegen reiste Abg. Dr. Müller-Meinungen (Wpt.), daß die Mobilisierung einzelner Regimenter sich eher gezeigert als vermindert habe. Besonders verblüffend wirkte die Feststellung, daß die wenigen bürgerlichen Gardeoffiziere bei den beim Abel wenig beliebigen Truppendienstungen stehen, während die Gardebataillone fast ausschließlich abnenn Offiziere hat. Der Redner betonte, daß seine Freunde nicht das Gardebataillon, sondern nur die Privilegierung in Bezug auf Abnennung, Aushebung und Garnisonort befehlen wollten. Er begründete diese Forderung mit militärtechnischen Argumenten. Bei dieser Gelegenheit erwähnte er unter dem lebhaften Beifall der Linken auch die „Erhebung“ der dreißig bürgerlichen Generale in den Abnennung als eine wertvolle Bekräftigung des Bürgerrechts. Schließlich führte er für die Abnennung seiner Freunde ins Feld, daß die Idee der sozialen Gerechtigkeit auch in der Armee durchzuführen müsse. Die vielen mit der Vorlage nur in losem Zusammenhang stehenden sozialdemokratischen Anträge lehnte er als zwecklos Demoi-Gründe mit einer Glorifizierung des Unterarms in der Armee, die er mit antihumänen Mäßen zu würzen suchte. Abg. Graf Praxich (Z) lobt ebenfalls den Abel über den großen Abel, worauf die Abg. Reinath (natl.) und Müller-Meinungen (Wpt.) freiliche Antworten erteilten. Nachdem noch der Kriegsminister eine Anzahl sozialdemokratischer Angriffe und Unterstellungen schlagfertig zurückgewiesen hatte, wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Die Resolutionen der Budgetkommission, sowie die fortschrittliche Resolution, die sich gegen die Privilegierung einzelner bestimmter Truppendienstleistungen wendet, werden angenommen.

— Zur geschäftlichen Lage des Reichstages hören wir aus dem Parlaments-Korridor heute folgendes: Nachdem die Beratung des Reichsvermögensschuldensteuergesetzes am Mittwoch bis zum 16. Freitagstill worden ist, geben sich Optimisten im Reichstage der Hoffnung hin, daß die Beratungen über die Defangsvorlagen im Plenum äußerst schnell von staten gehen werden. Auch hinsichtlich der dritten Lesung der Wehrvorlage wird man keine größeren Schwierigkeiten erwarten. Man nimmt hiernach an, daß der Reichstag bereits Ende der nächsten Woche, also etwa am 28. Juni, in die Ferien gehen kann. In der Zwischenzeit zwischen der zweiten Lesung der Wehrvorlage und den zweiten Beratungen der Defangsvorlage dürften noch das Staatsangehörigkeitsgesetz und der Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche, sowie einige Wahlprüfungen und kleinere Vorlagen erledigt werden. Am einen Schluß der Session ist auch diesmal kaum zu denken, da die Regierung Wert darauf legt, die noch ungelösten Gesetze, insbesondere das Petroleum-Handelsamortopol, nicht unentgeltlich zu lassen. Es wird demnach voraussichtlich auch diesmal nur eine Vertagung des Reichstages stattfinden.

— Gegen den Wehrbeitrag in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse richtet sich auch die Grob- und Schwerindustrie. Die „Mittelisch-Westfälische Zeitung“ hat eine Rundfrage bei der rheinisch-westfälischen Grobindustrie veranlaßt. Das Ergebnis ist: allgemeine Zustimmung zu dem Regierungsentwurf, Ablehnung der Beschlüsse der Reichstagskommission. Es wird, so resümiert sich das Blatt, in die Arbeit dieses Gesetzgebers noch immer eine Tendenz hineingetragen, die die Belastung der Industrie entweder nicht kennt oder bewußt mißachtet. Die Arbeit des Reichstags-Ausschusses an der Wehrbeitragsvorlage hat es fertig gebracht, daß unsere Industrie aus einem Paulus zum Sulus wurde; aus einem Bessruwerter ward fast ein Veldmpper. Das Ergebnis der Rundfrage zeigt, mit welchem tiefen Misstrauen und mit welcher großen Beforgnis die Führer unserer Industrie auf die Gestaltung, die die Wehrbeitragsvorlage zu erhalten droht, blicken.

— Die „Nationalliberale Korrespondenz“ veröffentlicht folgende Erklärung: „Neuerdings verlaute es im Reichstag, daß die Nationalliberalen bereit wären, bei einem Göttern der Verständigungsaktion auf den Boden der Regierungsvorlage zu treten und die Materialbeiträge anzunehmen. Das ist völlig ausgeschlossen. Einmalige Versuche nach dieser Richtung hin sind vergeblich.“

Volkswirtschaftliches.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine trat am Dienstag in Dresden zu seiner 10. Genossenschaftstagung zusammen. Den Verhandlungen wohnte u. a. ein Vertreter des sächsischen Ministeriums

bei. Generalsekretär Kaufmann-Hamburg erstattete einen eingehenden Bericht über die Entwidlung des Zentralverbandes in den ersten zehn Jahren seines Bestehens. Aber die von den Geschäftsführern und Genossenschaftlichen ins Leben gerufene „Volksfrage“ erstattete der früheren sozialdemokratische Abg. v. Ein einen umfassenden Bericht.

Gerichtsverhandlungen.

1. Halle, 17. Juni. (Strafkammer.) Das 17-jährige Dienstmädchen Emilie Müllerin aus Plagwitz erwiderte im Frühjahr einen Liebesbrief in Salzkirch, bei dem sie im Dienst war, ein Portemonnaie mit 49 Mark. Damit noch nicht zufrieden, erbrach sie auch noch einen Schrank, aus dem sie eine Tafeluhren mit Kette und zwei Ringe im Gesamtwerte von etwa 70 Mark stahl. Zum Offnen des Schrancks bediente sie sich eines eigenartigen Verfahrens, nämlich einer Rucksacke. Die Schloßschlüssel verkaufte sie für ganzes Mark an einen Kräbler. Vor Gericht gab sie zu ihrer Entschuldigung an, sie habe nie bares Geld in die Hände bekommen, weil ihr Lohn immer direkt an ihre Eltern gezahlt worden sei. Als Jugendliche wurde sie nur bedingt zu zwei Monaten Gefängnis wegen einfachen und schweren Diebstahls verurteilt.

Vermischtes.

* (Fürkenbesuche im Stadion.) Das Deutsche Stadion bei Berlin bildete am Dienstag die Zielfahrt verschiedener Fürkenbesuche. Um neun Uhr vormittags traf Prinzregent Ludwig von Bayern in Begleitung seines Generaladjutanten ein und unternahm einen Rundgang durch das Stadion. Nachmittags erschienen Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, begleitet vom Großherzog von Hessen im Auto, das Prinz Heinrich selbst steuerte. Ferner erschienen Prinz Waldemar von Preußen und der regierende Fürst von Schaumburg Lippe. Die Herrschaften besichtigten eingehend alle Einrichtungen des Stadions und wandelten insbesondere längere Zeit auf der Schwimmbahn-Terrasse. Um 6 Uhr nachmittags erschien dann der Großherzog von Sachsen-Weimar in Begleitung seines Flügeladjutanten und seines Ordnungsoffiziers und nahm insbesondere das Gelände der Rennbahn in Augenschein. Vormittags war außerdem noch der Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Barkhausen, zur Besichtigung erschienen. Sämtliche hohen Besucher wurden von dem Generalsekretär des Reichsausschusses Deutscher Räder empfangen und im Stadion umhergeführt.

* (Die gekränkten Landwirtschaftsschüler.) In Hagenau fand anlässlich des Forterbühntums am Sonntag ein Festabend statt, durchgeführt von den Schülern, dem Jungbauernbund und den Jugendvereinen. Die Festenfolge, in der markiert werden sollte, wurde von dem vorbereitenden Ausschuss vorwärtsgeführt durch das Los bestimmt. Dabei geschah es, daß die landwirtschaftliche Schule an den Schluß des Tages kommen sollte. Durch die Zurücksetzung dieses Abends die Herren Räder vertrat und lebten mit ihrem Direktor an der Spitze die Verteilung ab!

* (Zwei maskierte Räuber) drangen in der Nacht zum Montag in die Spar- und Darlehnskasse des Dresdener Kreuzkirchens an der Siles ein. Da die kurzen Hände des Kassierers ihren Sprung verfrucht fanden, schlugen sie die Türen der Wohnung des Rentners ein und angenen ihn und seine Familie mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe des Schließels. Sie raubten den gesamten im Geldschrank liegenden großen Gelddbetrag und verschwand im Dunkel der Nacht.

* (Aus Gießen) hat in Gießen der Artillerieoberst Deroff seine Frau und einen Militärarzt mit vier Revolverkugeln tödlich verunndet. Der Oberst wurde verhaftet. Der Zustand der Verwundeten ist hoffnungsvoll.

* (Ein Handtaschenräuber zu Rade), das ist die neueste Erfindung der Berliner Verbrechenwelt. Am Dienstag vormittag entfiel an der Kreuzung der Friedrich- und Behrenstraße ein Handtaschen einer Dame die Handtasche mit 900 M. und fünf eilig davon. Der Dieb, ein ziemlich junger Mensch, entkam trotz sofortiger Verfolgung.

Beantwortungliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Reklameteil.



Arbeits-Pferd,

weil überhäufig,
verkauft
Brauerei Lorenz, Weißenfels.



Kaufe
getragene Kleiderstücke, Federbetten, Möbel, Wäsche, Schuhe, Stiefel u. a. m.
H. Abel, Delarube 7.

Empfehle:
frische Rindsalbanen,
frische Würst.

G. Baumann, Gotthardtstr. 30

Schlachte 2 Schweine
und verkaufe Semmeln von
früh an früh.

Unter-Altenburg 47.

Blutfrische Reh-Rücken,
-Keulen, -Blätter u. Kochfleisch,
junge Mastgänse,

junge Hähnchen, junge Tauhen,

lebende Aale und Schleien

empfehle **Emil Wolff.**

**Neue saure Gurken,
neue Kartoffeln,
neue Matjes Heringe,
neue Voll-Heringe**

im ganzen und einzelnen zu
billigsten Tagespreisen
empfehle

Carl Rauch, Markt

Manufaktur

hält stets vorrätig u. empf. billig
Buchdruckerei Th. Höpner,
Merseburg, Delarube 9

**Normal-Wäsche,
Wacco-Wäsche,
Sport-Hemden,
Einfach-Hemden,**

Camisols f. Herren u. Damen

empfehle

H. Tschika, Neumarkt.

Zum Kinderfest

Kopfränze u. Spangen
in jeder Ausführung,
von 30 Pf. an, sowie alle andere
Kindererf. wird geschmackvoll an
gefertigt durch

W. Artus, Handlungsgärtner,

Globigauer Straße 56

Fahrrad-

Zubehör

Körbe, Luftschläuche, Glocken,
Laternen, Pedale, Sattelkissen,
Luftpumpen
in großer Auswahl zu billigen
Preisen

Der Herr ten., Markt 3

Knaben-Satin
a Meter 80 Pf.
B. Wendland, Domstrasse 1. I. Efg.

**Für Gastwirte und
Flaschenbierhändler**

hält Bieranmeldungs- und Nach-
weisungsformulare, sowie Lager-
bücher stets vorrätig

Buchdruckerei Th. Höpner,
Merseburg, Delarube.

Für die Bade-Saison

empfehle in grosser Auswahl:

Badelaken	aus gutem Kräuselstoff, weiss und grau, Mark 7,- 6,- 5,- 4,- 3,- 2,50 1,80	1,20
Badehandtücher	weiss und grau, M. 2,50 1,80 1,60 1,40 1,- 0,85	0,65
Badeanzüge	für Mädchen, aus Kattun oder Satin, Mark 2,50 2,10 1,80 1,40 1,10	0,90
Badeanzüge	für Damen, aus Kattun oder Satin, Mark 4,- 3,50 3,- 2,50 2,20 1,85	1,70
Badetricots	Mark 3,- 2,75 2,50 2,20 1,80 1,50	1,20
Bademützen	aus Wachtuch, Gummi Mark 2,- 1,50 1,- 0,65 0,60 0,40	0,20
Seiftücher	aus Protierstoff Mark 0,35 0,30 0,20 0,15 0,10 0,08	0,06

Badeteppiche und Vorlagen
in verschiedenen Preislagen.

Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 8.



In's Riesenhafte
wächst von Tag zu Tag der Gebrauch von Persil.
Das selbsttätige Waschmittel
für jede Art von Wäsche.

Persil wäscht, bleicht
und desinfiziert

gleichzeitig, ist garantiert unschädlich,
einfach in der Anwendung und ermöglicht
müheloses, schnelles und billiges Waschen.

Nehmen Sie keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifen-
pulver etc. Sie beschleunigen dadurch nur die Wirkung
von Persil und verteuern unnötig dessen Gebrauch.
Uebersell HENKEL & Co. DÜSSELDORF. Nur in
erschützlich. Allein. Fabrikanten auch der beliebtesten Original-
Niemals less. Pasteten.

Henkels Bleich-Soda

Nur noch kurze Zeit dauert der

Total-Ausverkauf

im Schuhwarenhaus Entenplan 9,

darum nehmen Sie die Vorteile

hauptsächlich zum Kinderfest wahr.

Schuhwarenhaus J. Jacobowitz, Entenplan 9.

Von der Reise
zurück

Sanitätsrat Dr. Ulrichs

Spezialarzt für Ohren-, Nasen- und
Halb-kranke, Halle a. S., Poststr. 6.

Befreit

wird man von allen Hautunreinig-
keiten u. Hautausschlägen, wie Mil-
chesser, Finnen, Pityriasis, Schind-
rote usw. durch tägliche Waschen mit

Stechenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Habebent,
a. St. 50 Pf. bei: W. Fuhrmann,
Franz Wietz, Oscar Gebrüder,
Dr. Herrfurth

Schwache **Augen**
schmerzende
stärkt u. erfrischt wunderbar Dr.
Puffels echter kaiserlicher Augen-
branntwein, a. St. Mk. 1,- bei
Reinh. Riege, Kaiser-Drogerie.

Wenn Sie von hartnäckigen
Flechten,

stuckenden Hautausschlägen usw.
geplagt sind, so darf der Hautreiz
Sie nicht schmerzen läßt, bringt
Ihren „Schinderrind“ rasche Hilfe.“
Verz. warm empf. Dose 50 Pf. u.
1 Mk. (stärkste Form) bei A. Ueber
und W. Riege, Drogerien.

**Lüstre-Jacketts
Loden-Joppen
Leinen-Joppen**

für Herren u. Knaben
empfehle

G. Talsza, Neumarkt.

Musik-
Instrumente

Saiten und
Bestandteile

kauft man preisw. b.

Alfred Beher,

des Schmale Str. An der Geisel.

Reparaturen in eigener Werkstatt
prompt und sachgemäß.

**Rucksäcke : :
Coupékoffer.**

Grosse Auswahl. Solide Preise.
Rabattmarken.

Paul Florheim,

Burgstrasse 12

**Schluss der
Anzeigen-Annahme**

für den „Correspondent“
9 Uhr vormittags.

Im Interesse der Auf-
traggeber bitten wir um
gefl. Beachtung dieser
Schlusszeit.

Größere Anzeigen
wolle man am Tage vorher
angeben.

Gleichzeitig stellen wir
mit, daß
die Expedition von abds.
7/8 Uhr ab geschlossen ist.

Expedition
des Merkb. Correspondent.

Der hiesigen Gesamt-
ausgabe liegt eine vierseitige
Beilage des Warenhauses Leopold
Bühmann an Halle a. S., Große
Ulrichstraße, bei.

Siehe 1 Beilage.

Reichstagsabgeordneter Koch,

der Vertreter unseres Wahlkreises im Deutschen Reichstags, hat am Dienstag bei der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage zu dem Abänderungsantrage der Sozialdemokraten, welcher lautet: „Die Bestimmungen der Reichsmittelschulgesetz, welche die besonderen Vorrechte der Einjährigfreiwilligen in der Ableistung der Dienstpflicht betreffen, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben“ nachfolgende Ausführungen gemacht, die sicherlich unsere Leser als Wähler Kochs besonders interessieren werden.

Abg. Koch:

M. S.! Nur wenige Worte in Bezug auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kochs (Soz.). Ich kann ihm nicht beistimmen, daß es jetzt schon in Deutschland möglich wäre, die einjährige Dienstzeit durchzuführen, in dem Augenblick, wo Frankreich sich nicht einfüßt, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen. Ich bin der Meinung, daß die Ausführungen und diese Wünsche jetzt vollständig fruchtlos sind. Ich kann mich auch den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kochs bezüglich der Aufhebung des Einjährigfreiwilligen nicht anschließen. Wenn die einjährige Dienstzeit eingeführt hätte, einestrich zu werden, so würde das Einjährigfreiwilligenprivileg von selbst in sich zusammenfallen. Aber vorläufig ist das nicht zumutbar. Ohne das Einjährigfreiwilligen über alles hinausheben zu wollen, muß ich doch fordern, daß solange es noch besteht, es auf weitere Kreise im Interesse der Gerechtigkeit ausgedehnt werde. (Sehr richtig!) Ich muß fordern, daß es auch auf die neuerrichteten Mittelschulen, die ja ministeriell in Preußen anerkannt ist, ausgedehnt wird, ebenso auf die Fach- und technischen Schulen z. B. die Baugewerkschulen.

M. S.! Ich muß dabei etwas weiter ausbilden. Die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligenprivileg wird heute durch den Besuch einer schulpflichtigen höheren Lehranstalt bis zur Verlegung nach der Obertertia ab erworben, zweitens durch den Nachweis gleichwertiger Kenntnisse in einer der Prüfungskommission in Preußen, der Erziehungsbefugte III, abzuliegenden Prüfung und drittens durch Ablegung einer erweiterten Prüfung auf Grund des § 89 Absatz 6, ausgeschloffen sind die Fach- und technischen Schulen, Baugewerkschulen und Mittelschulen. Den Mittelschulen in Preußen ist längerer Zeit gestattet, den Berechtigungsnachweis zu führen, aber die Schüler müssen ein bestimmtes Alter bei der Prüfungskommission abgeben, das ihnen insofern erleichtert wird, als sie es jetzt nach abgesetzter Reifeprüfung abgeben können, während dies früher vor dem 17. Lebensjahre nicht konnten. Von dieser Berechtigung ist im laufenden Jahre zum ersten Male anspruchlos Gebrauch gemacht worden, und das Ergebnis ist kein schlechtes gewesen. Es haben z. B. die Prüfungskommission im Stande von 2 Schülern von der Reifeprüfung 2 bestanden, im Vergleich von 6 Schülern 6, in Halle von 10 Schülern 7, in Danneberg von 19 Schülern 16, in Frankfurt a. M. von 10 Schülern 7, in Frankfurt a. S. von 5 Schülern 4, in Bielefeld von 5 Schülern 4, in Tübingen von 9 Schülern 6 u. m. a. Dabei hat sich aber in den Mittelschulverwaltungen die Überzeugung Bahn genommen, daß die Mittelschüler den andern Schülern gegenüber im Nachteil sind. Kritisch wird bei der Prüfungskommission nach einem ganz andern Plan geprüft, als nach dem die Schüler in den Mittelschulen gelernt haben. Ferner wird als erste Bedingung auch die Ver-

bringung eines Vermögensnachweises gefordert. Der Mittelschüler ist also bei der Prüfung all den Unsictheiten und Unbilligkeiten der Prüfung vor einer fremden Kommission noch einem ungewählten Lehrplan ausgesetzt, und daraus erklärt sich leicht, daß ein größerer Prozentsatz dieser Schüler durchfällt. Der Mittelschüler ist also vielfach ungünstiger gestellt, als die vollausgebildeten Mittelschüler neuntägig ist, der Schüler also im günstigsten Falle die Reifeprüfung mit 15 Jahren ablegen kann, so steht er minderbekannt auf demselben Bildungsniveau, wie der Schüler einer schulpflichtigen Realschule. Es ist aber zu beachten, daß die Bildung im allgemeinen eine abgerundete ist, als die Bildung eines Schülers, der von Untertertia nach Obertertia übertritt, wobei sehr wohl da auf die höhere Klasse Bezug genommen wird und die abgerundete Bildung erst in der Oberprima erfolgt. Nun stellt sich aber heraus, daß im Handel und Gewerbe und im Kaufmannsstand die Lehrlinge mit Vorliebe von der Mittelschule und nicht von der höheren Schule genommen werden, wohl viele Lehrlinge in der Mittelschule energetischer und tadelloser dazugewonnen werden, als es in einer höheren Lehranstalt der Fall sein kann. Ich möchte nur hinweisen auf das Schönfelden, auf das Neuen, das doch wohl meist in der Quarta einer höheren Schule seinen Abluß findet, und vielfach trifft man Handwerker, die in keiner Weise befriedigen können. Ebenso ist es mit den Naturwissenschaften, Geographie und Geschichte. Alles dieses wird in den Mittelschulen in erweiterter Form betrieben, als in einer schulpflichtigen Realschule, die nur das Ziel hat, auf die höhere Klasse vorzubereiten.

M. S.! Es liegt kein Grund vor, den Absolventen der technischen Fachschulen und Baugewerkschulen die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligen-Dienst zu weihen. Das sind die Leute, die nicht die Mittel haben, die Gewerbeakademie zu besuchen, und die sich nur mit Aufwendung großer Opfer ihrer Schule widmen können. Es sind die sogenannten selbständigen Leute, die schließlich trotz ihrer Verhältnisse nur dahin kommen können, die Reifeprüfung der Fachschule auf das Einjährigfreiwilligenprivileg haben, da sie die Reifeprüfung zum Ziel haben. M. S.! Es haben ja auch eine ganze Reihe von Fachschulen schon heute das Einjährigfreiwilligenprivileg, ich möchte nur die höheren landwirtschaftlichen Schulen erwähnen, die ja auch nur eine Fremdsprache treiben, und die landwirtschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten an die Stelle der fremden Fremdsprache legen. Ferner ist auch eine Fremdsprache zu erlernen, die ja auch nur eine Fremdsprache ist und die Ausbildung für den Lehrerberuf für die zweite Fremdsprache einleitet.

Auch die Navigationschulen erteilen einen reinen Fachunterricht, und das Steueramtsamtsamen, gewissermaßen die Abgangsprüfung, berechtigt zum einjährigfreiwilligen Militärdienst. Wir haben also eine ganze Reihe von Fachschulen, die auf Grund der Abgangsprüfung schon heute den Berechtigungsnachweis erteilen können. Es handelt sich infolgedessen für die Fachschulen um die Wahrung des Wertes berechtigter Anwärter, den diese Schulen im Wirtschaftlichen einnehmen. Es hat eine außerordentlich große wirtschaftliche Bedeutung, daß diesen Schülern der Berechtigungsnachweis erteilt wird, denn mit der Erteilung dieses Berechtigungsnachweises sind auch wichtige wirtschaftliche Vorteile verbunden, die der Erfüllung bei der Erziehungskommission der Regierung nicht erlangen kann, da er im günstigsten Falle die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligenprivileg erlangt, aber nicht die wirtschaftlichen Vorteile, die der Berechtigungsnachweis einer höheren Schule in sich trägt. Es liegt also im öffentlichen Interesse, im Interesse der

größeren Anzahl der tüchtigsten Kräfte für viele Berufe, daß dieser Berechtigungsnachweis mit dem Werte ausgegeben wird wie an den höheren Schulen.

M. S.! Die Erfüllung dieser Forderung ist entschieden mittlungsbedürftig. Wie ist es heute? Um den Schülern die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligenprivileg zu verschaffen, werden in fast allen kleineren Städten Progymnasien, sogenannte nebenebene Schulen, schulpflichtige Realschulen u. m. gegründet. Die Städte müssen eine ganz enorme Aufwendung dafür machen, und wenn die Stadt es ablehnt, so geschieht es vielfach durch Vereine, durch Zusammenschluß der Honoratioren. Die Wirkung, die dabei erzielt wird, ist aber doch sehr oft ganz unerwünscht; denn es werden gerade die leistungsfähigsten Elemente dem Mittelschule, dem Handel und Gewerbe entzogen. Anstatt den Beruf des Vaters zu ergreifen, wenden sich viele dem akademischen Studium an, und vermehren so nur die ohnehin schon viel zu große Zahl der Herren in gelehrten Berufen. Man kann ja heute schon auf einem großen Teil von einem gelehrten Proletariat sprechen (sehr richtig), während dem Handwerk die tüchtigsten Kräfte fehlen. Die leistungsfähigen, die vermögenden Leute gehen in immer größerer Zahl zu höheren Berufen über, und nur die mindereleistungsfähigen, die armen sollen das Handwerk pflegen und in die Höhe bringen. Ich kann Ihnen das an einem kleinen Beispiel erläutern. In meinem Nachbarort wohnt ein hochangesehener Handwerker. Ich kenne die Familie, sie ist jetzt in der dritten Generation. Sie hat sich aus kleinen Anfängen in die Höhe gearbeitet. Kürzlich sprach ich mit dem jetzigen Inhaber des Geschäftes über die Auswüchse in der Familie. Er hat nur einen Sohn, und als ich zu ihm sagte, er wird wohl Ihr Nachfolger im Geschäft, antwortete er: Gott behüte, der Herr (seinerzeit) Meine Herren, der Sohn dieser Familie, die vier Generationen hindurch eine geachtete Stellung im Mittelstande eingenommen hat, geht nicht wieder ins Handwerk zurück, sondern er ist Referendar, er hilft, diese Klasse zu vernehmen, die heute schon sehr überflüssig ist, das z. B. Baugewerkschulen, die sich schon auszeichnen. An Preußen wird man das selbst tun müssen, um dieser Überproduktion Einhalt zu tun. Das ist die unerwünschte Seite dieser Schulen, die in der Hauptfrage begründet werden, um den Kindern das Einjährigfreiwilligenprivileg zu verschaffen. Meine Herren, wenn den Mittelschulen in Preußen die Berechtigung ausbezahlt würde, nach erfolgter Reifeprüfung den Berechtigungsnachweis auszustellen, so wäre es den kleinen und mittleren Städten ein leichtes, einen Teil ihrer Volksschulen in neuerrichtete Mittelschulen umzuwandeln, und es würde dadurch in vielen Fällen der Umzug wegfallen, daß so viele Kinder in die höheren Berufe gehen. Sie würden, was die ungewisse Zahl der Akademiker betrifft, vermehren. Ich möchte Sie bitten, die Direktoren der höheren Lehranstalten das mit Freunden begrüßen würden. Wir ist gelangt vor: Gebt nur den Mittelschulen den Berechtigungsnachweis, dann verlieren wir den großen Ballast in unseren Schulen, der nur deswegen die höheren Schulen überlastet, um das Einjährigfreiwilligenprivileg zu erlangen, und uns behindern. Ihnen führt (sehr richtig) links. Also die höheren Schulen stehen der Sache durchaus sympathisch gegenüber.

Nun behaupten die Herren Sozialdemokraten, es sei eine Ungerechtigkeit, daß die Einjährigfreiwilligen nur ein Jahr zu dienen brauchen, während die Wintersemester zwei Jahre dienen müssen. Meine Herren, wir wollen uns die Sache doch einmal näher ansehen, wie sie tatsächlich liegt. Heute ist es gar kein Vorteil mehr. Der Einjährigfreiwillige muß sich selbst verpflügen, er muß sich zum großen Teil selbst

Das Tor des Lebens.

Roman von Ann Wöhe.

(85 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die großen, dunklen Augen der Kranken, die erlitt wird im Zimmer herumgerührt, waren jetzt erst auf Wolf Bandener gerichtet, dem ein eigenes Unbehagen unter diesen Augen kam.

Wo hatte er bei dieses Gesicht schon gesehen? Er irrte sich umsonst unter den vielen, die id. a. seinen Lebensweg kreuzten. Nein, dieses armenleibige Weib mit bageren, eingeklinkten Wangen kannte er nicht.

„Sie rebet so merkwürdiges Zeug, Herr Doktor“, berichtete Schwester Renate. „Nati scheint es, als ob die Arme doch das Opfer eines Verbrechens geworden.“ Frau Oberin, die vorhin hier war, meinte, sie würden doch wohl der Staatsanwaltschaft Anzeige machen müssen.“

Kess' nicht befindlich mit der nervösen Hand. „Die läßt uns ja nicht davon, Schwester. Erst wollen wir die Arme doch mal gehend pflegen.“

„Und wenn der Mörder inzwischen entkommen, wenn seine Spur verloren geht, wenn es zu spät ist, seiner habhaft zu werden?“

„Schwester, Schwester“, lächelte der Arzt. „Sie scheinen mir ja ganz gefährlich in dem Betreuen, hier eine Sentimentalgeschichte festzustellen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß die Kranke aus Verwirrung selbst ihr Ende sucht. Doch lassen wir das einwilligen, Schwester Renate. Sind alle Anordnungen pünktlich befolgt?“

„Ganz, ganz“, versicherte Frau Oberin.

„Dann lassen Sie mich, bitte, mit der Kranken allein. Im Hecht Ihr noch ein Bad und Nachtwache. Schwester Weitz kann Sie ablösen.“

„Ich bin nicht mehr, Herr Doktor.“

Die Schwester sagte es mit bitteren Augen. „Wahns da, hier bestimmte ist! Sie wollen sich wohl vollständig aufrichten machen? Sie fände Sie ohnedies bald und anquerieren, Schwester Renate.“

Wurdeglut lag über das junge Gesicht der Schwester, und ihre Augen blickten mit angstvollem Fliehen an des Arztes Hände. Unter der weißen Dunst lüchelten sich die blauen Venen ruhig hervor und glänzten wie Sonnenfäden auf der weißen Stirn.

Kess' Bandener dachte: „Was ist sie doch lieb, und wie aufopferungsfähig, und wie hübsch sie aussieht! Wenn

sie in der Krankenzimmer kommt, ist es immer, als bringt sie den Frühling mit.“

Schwester Renate stand schon an der Tür. Die Augen der Kranken, die bei der leise geklitterten Unterhaltung unruhig von einem zum andern wanderten, weiteten sich.

„Nun ist sie fort“, dachte sie plötzlich auf, und ich kann reden, reden! Kommen Sie doch näher“, flüsterte sie. „Kommen Sie doch ganz nahe. Soll ich Ihnen sagen, wer mich ins Wasser getrieben? Soll ich es Ihnen sagen?“

Kess' Bandener legte seine hübsche Hand beruhigend auf die feuchtheiße Stirn der Kranken.

„Ja, Sie sollen mir dabei alles sagen; nur jetzt müssen Sie schlafen.“

„Schlafen? Ich kann nicht mehr schlafen. Es brennt mir die Seele wund. Haben Sie mein Kind gesehen? Es hat Voden, bide, dunkelblaue Voden wie er und seine Augen, wie hat mir auch das Kind geteilt. Alles nahm er mir. Er will es nicht wieder hergeben. Er will es behalten. Aber er soll es nicht. Armele würde ja schlecht bei ihm werden. Nicht wahr, Herr Doktor, gundtschlecht!“

Die Kranke hatte sich hastig aufgerichtet und hielt nun mit ihren bageren Fingern die Hände des Doktors trampfhaft umklammert.

Kess' Bandener hatte plötzlich das Gefühl, als brächen die Mauern des Hauses über ihm zusammen. Eine unagbare Angst ergriff seine Seele. Es war ihm, als würde ihm etwas in seiner Kehle. Aber er mußte doch fragen.

„Wer, Kranke?“ Er glaubte es wäre auf, sie mit dem Namen anzureden, aber er von Heirrite wachte. „Wer hat Ihnen denn das alles getan?“

Die Kranke starrte sich bei dem Sand das wirre, schwarze Haar aus dem überbelebten Gesicht. Es war, als läudte sie auf einen fernem, verlorenen Waga.

„Kranke“, sagte sie aufstehend. „Ja, so hieß ich lange; aber früher, ganz früher, da hat mich mich anders genannt. Wann es es denn nicht mehr?“

Des Doktors Blick hatte gepannt an dem abgezeichneten Antlitz der Kranken.

Wo war sie ihm denn schon begegnet?

Nun lag ein beheimatetes Mädchen über die blutleeren Lippen der Kranken.

Wissen Sie nicht mehr, Herr Doktor, den Augenwald? Große, weiße Tische standen an dem weichen Moosboden, und hochgehakt kamen die Wagen mit den Bauwerkzeugen und den Frühstücksbüchern. An Striden hängt das röhrenden Mündchen zwischen den Wänden. Wissen Sie noch, wie ich das Bier in die Mäster lief?“

Kess' hätte beinahe laut aufgeschrien. Mit stierem Blick sah er auf die Kranke, die jetzt mit klaren Augen zu ihm aufsaß und schmerzlich lächelte, während sie fortfuhr:

„Stimmt für eine Memur! Ich höre mich immer den Namen, ich sehe ihn noch immer, den Schläger in der Hand, so groß, so herrlich dem Geaner gegenüberstehen. Sehen Sie ihn nicht? Seine Augen leuchteten!“

Auf die Memur! Bindet die Klängen! halt' der Ruf. Gebunden sind! antwortet der Geländet!

Was! sollt es wieder.

Nun kommt der Ereignisgang.

Er ist ihn nie in Wirklichkeit geaugen. Dei, wie möchte ich haben, und muß doch weinen, weinen immer.“

„Kranke!“, rief der Doktor. „Kranke Cartien!“

Die Kranke sah aufgerichtet auf ihrem Lager. Sie hatte den Kopf vorgebeugt, als läudte sie in ferne Weiten.

„So hieß ich ein“, sagte sie dann, immer wieder mit der Hand über die Stirn streichend. „Sibos Kind. Und ich habe es mit mich geliebt, immer geliebt, wie ihn. Nun hat er es mit mich geliebt. Doch nein, seine Frau nahm es mit. Sie ist tot und sanft, aber sie darf Armele nicht behalten. Armele gehört mir, ganz allein mir. Ich sagte es ihm, nichts wollte ich mehr von ihm, der mich betrogen, der mich so grenzenlos elend gemacht, nur das Kind, mein und sein Kind. Da liest er mich ins Wasser, ins Wasser!“

„Sibos Kind, die Kranke starrte.“

Des Doktors Hände Hogen nun selber wie im Fieber. Voller Entsetzen starrte er auf das binfallige Weib, das eine so entsetzliche Anklage gegen Sibos ausbrach.

„Heirrite!“ war sein einziger Gedanke. Wenn sie erfuhr, wie entsetzlich Sibos sie betrogen, wenn sie in Ermehle ihres Mannes eigenes Kind erkannte, dann würde sie ja zugrunde gehen. Und wenn sie wüßte, daß der Vater ihres eigenen Kindes beinahe um Mörder an dem Mädchen geworden, das er so grauam verlassen, dann konnte sie ja gar nicht mehr leben.

Er hatte das Gefühl, als müsse er sofort zu Sibos stürzen, um Rechenschaft und Aufklärung zu verlangen, als müsse er Heirrite für immer von seiner Seite weichen, als dürfe sie nicht mehr eine Stunde in Sibos Hause weilen.

(Fortsetzung folgt.)

anstrühen, er muß sich bei der Kavallerie das Pferd selbst halten oder muß, wenn er das nicht tut, eine hohe Abhängungsgebühr für das Pferd und auch Futtergeld zahlen. Dann muß er zwei Reitstunden zu acht Wochen machen, gleichgültig ob er auf Abwanderung dienen will oder nicht. Das sind ferner 16 Wochen. Hat er nun Aussicht, Reiteroffizier zu werden, so hat er zwei weitere Übungen zu acht Wochen zu machen, das sind 32 Wochen. Er ist nun glückselig Sommerleutnant geworden, so muß er noch drei Reitstunden zu acht Wochen absolvieren. Das sind im ganzen 36 Wochen, also noch ein Jahr und über zwei Jahre. Ist da der Mann wirklich noch Dienstant, als welcher er immer eingestuft wird? Er muß doch noch länger dienen als die zweijährigen Mannschaften. Also die Dienstentlassungsabteilung kann ich auch nicht angehen, und wenn die Leute dann wirklich Reiteroffiziere sind, müssen sie diese vielen Übungen machen, und das können doch nur diejenigen tun, deren bestimmte Verhältnisse es gestatten. Aber das können nicht alle, und in Zukunft wird es so sein, besonders bei der großen Vermehrung des Offizierskorps um 4000, daß es nicht mehr möglich ist, den Offizierskorps im vollen Maße zu decken, höchstens vielleicht durch Zulassung eines Unteroffizierskorps, ähnlich wie es in Frankreich schon im Jahre 1870 der Fall war, wo die Unteroffiziere bis zum Kapitän avancieren konnten. Freilich habe ich schon damals gefunden, daß ein großer Unterschied zwischen den Offizieren bestand. Dieselben verlebten fast gar nicht miteinander. Das sind Missstände, aber ich bin der Meinung, daß das Offizierskorps auch bei uns zum Teil aus dem Unteroffizierskorps gedeckt werden muß, um den Bedarf zu sichern. Wo soll das hin? Um die nötige Zahl an Unteroffizieren zu erhalten, haben Sie ja schon die Summe betreffs des Verdienstes auf den Zivilvorzugsdienst auf 3000 M. erhöht.

Wir haben bei der Infanterie eine zweiwöchige Dienstzeit, bei der Kavallerie die dreiwöchige. Nur sollte man meinen, daß die Leute nur mit Übermitteln zur Kavallerie gebracht werden könnten. Aber das ist durchaus nicht der Fall. Heute haben fast sämtliche Kavallerieregimenter überhaupt keine eingezogenen Rekruten mehr, sondern es sind alles Freiwillige. Es sind unsere Bauernsöhne, und diese Leute fragen nicht nach der dreijährigen Dienstzeit, sondern sie gehen zur Truppe und kommen darum, ob sie ein Jahr länger oder weniger dienen müssen wie bei der Infanterie. (Widerpruch bei den Srs.) Wollen Sie mich etwa eines anderen belehren? Mir ist gesagt worden, daß auch die zweiwöchigen Dienenden bei dem Train meist nur Freiwillige sind. (Gegen die bei den Srs.) Sie laden darüber. Ich will Ihnen ein anderes Beispiel aufmachen. Ich war zu Anfang nach Berlin zu der Friedrichsruh gefahren und da erkrankte ich in der Stadt eine Menge Soldaten. Ich fragte jemand, wie kommt es denn, daß Sie so viel Soldaten hier haben, das ist ja wie in Potsdam (Gelehrter) Ja, hier es, die machen die erste größere Übung. Dann war auch eine Menge Kavallerie dabei, Draeger, schmale Werte mit Kavallerie, können können und seinen Selmen. Auf meine Frage hieß es: Ja, das sind unsere zwei Draegerregimenter, das sind lauter Freiwillige, das sind unsere reichen Bauernsöhne, die ihre eigenen Pferde mitbringen. Also auch in der freien Schweiz besteht dieselbe Eigenliebe wie bei uns. Aber eines ist kein Rekrute, die Leute machen es aus freiem Willen, gerade wie bei unserer Kavallerie. Können Sie einen (zu den Srs.) doch nichts haben. Also auch die brennende Schweiz ist von solchen Anwendungen nicht frei.

Am Schlusse — ich will Sie nicht so lange anhalten — möchte ich noch hier erwähnen, daß bei den neuwilligen Mittelschulen, wie Sie in Berlin anerkannt sind, den technischen Fachschulen, den Baugewerkschulen und das einjährige Privileg gebührt wird, da wir doch in absehbarer Zeit auf eine allgemeine einjährige Dienstzeit nicht rechnen können. (Beifall links.)

Provinz und Umgegend.

† Weissenfels, 19 Juni. Die Sparkasse des Landkreises Weissenfels hatte für das Jahr 1912 neue Einlagen in Höhe von 2562 742 37 M. zu verzeichnen. Während nur 64 201,51 M. Zinsen abgehoben wurden, wurden solche in Höhe von 874 371,97 M. bei der Sparkasse belassen. Das Guthaben des Instituts stellt sich auf 1 108 458,50 M. Durch den überaus starken Kurserückgang der Inhaberpapiere im Jahre 1912 ist beim Vertriebsfonds am Schlusse des Jahres ein ideeller Kurverlust von 141 880 M. zu verzeichnen.

† Eilenburg, 19 Juni. Der Fabrikbesitzer Paul Julius Meißner in Leipzig, der Besitzer der hiesigen Dermatomöbels, hat zum Regierungsjubiläumstage eine „Paul Meißner-Stiftung“ errichtet, aus deren Zinsen den Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterinnen in Krankheits- und sonstigen Notfällen Unterstützungen gewährt werden. — 42 Veteranen der Stadt Eilenburg wurden am Regierungsjubiläumstage aus der feierlichsten und städtischen Körperlichkeiten zugunsten der Veteranen zum Regierungsjubiläum errichteten Stiftung ein Ehrensold von je 20 M. ausgeteilt. — Von ist an werden die Spenden jedesmal am Geburts- oder Todestage des Kaisers ausbezahlt.

† Magdeburg, 18 Juni. Gestern vormittag führte der 29 Jahre alte Bauarbeiter Karl Conrad, wohnhaft Kamekestraße 13, in der Himmelreichstraße beim Gerüstaufstellen in Höhe der 2. Etage auf das Straßengiebel. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde der Bedauernswerte nach dem Krankenhaus Altstadt gebracht, starb jedoch während der Einlieferung. — Bei der Erbauerin Babenstall erkrankt gestern in der Alten Elbe der 18jährige Kaufmann Ernst Fricke, wohnhaft gewesen Bahnhofsstraße 31. Seine Leiche wurde noch nicht gefunden. — Ein Großfeuer entstand gestern nachmittag in der Seltener von Mühlstein, Große Diederdorfer Straße 163. Es brannte die dicht an der Seltener gelegene Spinneret, worin sich die Maschinen und Werkzeuge befanden. Der Betrieb wird wohl eingestellt werden müssen, da die Spinneret vollständig ausgebrannt ist. Die Entstehungursache ist unbekannt.

† Halberstadt, 18 Juni. Heute morgen 6 Uhr zündete im Schlachthaus eines hiesigen Fleischermeisters der 17 Jahre alte Lehrling Otto Gerloff beim Ausputzen unglücklich aus, daß er seinem Mit- lehrer ins Wasser fiel, das ihn ins Herz drang. Er starb innerhalb zweier Stunden.

† Sonneberg, 19 Juni. Zur Aussperrung in den hiesigen Spielwarenfabriken ist zu melden, daß die Vereingung der Kaufleute einstimmig den Beschluß gefaßt hat, die Aussperrung heute aufzuheben. Diejenigen Arbeiter, streikende und auszusperrte, die an diesem Tage die Arbeit nicht wieder aufnehmen, dürfen von ihrer Verbandsfirma innerhalb Jahresfrist wieder eingestellt werden. Ebenso wurden die vom Vorstand vorgeschlagenen Mindestlohnhöhe und Arbeitsbestimmungen einstimmig genehmigt.

† Ronneburg, 18 Juni. Auf der Reuther Chaussee wollten heute dortwärts 2 kleineren Knaben kurz vor einem in voller Fahrt befindlichen Probewagen des hiesigen Automobilwerks die Straße überqueren. Einer der Knaben, der achtfährige Sohn des Fabrikbesitzers, wurde vom Wagen überfahren und eine Stirnmitte getrieben. Er wurde mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhaus in Ronneburg gebracht. Es besteht Gefahr für sein Leben.

† Kassel, 18 Juni. Deutscher Fleischer- verbandstag. In Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und kommunalen Behörden begann gestern hier die Verhandlungen des 36. Deutschen Fleischerverbandstages unter dem Vorsitz des Ehrenobermeisters Max-Franfurt a. M. 500 Delegierte vertraten über 800 Jannern aus dem ganzen Reich. Die Verhandlungen erstreckten sich u. a. auf die Fleischverordnung, die Nahrungsmittelkontrolle, Viehwirtschaft und Fleischgeschäft, Schlachtens und Kommunalabgabengesez. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Vorstand des Verbandes beschloßen habe, aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers dem Dispositionsfonds des Verbandes 10 000 M. zu entnehmen und der Eonard-Stein-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger Kollegen zuzuführen. Nach einem Referat des Gewerbetreibenden J. Falk-Walsh gelangte eine Resolution des Bezirksvereins in Hofen-Nassau und dessen Darstadt zur Annahme, die sich auf Abschaffung der Verdünnung der Selbstabgabe des Fleischgewerbes durch die letzten Fleischnotmaßnahmen der Regierung, durch kommunale Fleischverordnung und langfristige Schweinefleischverträge wandte.

† Goslar, 18 Juni. Die hiesige Feuerwehr wurde heute dreimal zu Bränden in verschiedenen Stadtteilen gerufen, meistens möglicherweise Flugfeuerfolgen der glühenden Gießerei. In zwei Fällen wird jedoch auch Brandstiftung bemutet. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Bei einem Brande waren abermals das alte römische Gebäude und das Brustschloß, wo in Berlin Aligolauer Architektur gefertigt. Die Brände wurden aber im Göttersehen erstickt. Die Bevölkerung wurde durch die sechs Brände seit Sonntag in große Aufregung versetzt.

Merseburg und Umgegend.

19 Juni. * * * (Personalien) Oberleutnant Seip vom Kaiserlichen Regiment Nr. 30 ist bis zum Beginn der Herbstübungen der Hochschule zur 2. Marokkaner Artillerie Abteilung kommandiert worden. Leutnant Bindeloch von demselben Regiment ist zum Oberleutnant befördert.

* * * Vaterländischer Frauen-Verein Merseburg-Stadt. Eine hohe Ehre und ganz besondere Freude ist dem Vaterländischen Frauenverein ein Merseburger Stadt bei Gelegenheit des Regierungsjubiläums unseres Kaisers und Königs zuteil geworden, indem seine stellvertretende Vorsitzende, Frau Stadtrat Blau, die Medaille erhielt, die die Kaiserin Medaille 2. Klasse Allerhöchster Verleihung worden ist. Frau Blau, die seit 42 Jahren dem Vorstände des Vereins angehört, ist dafür bekannt, daß sie für die Weibchen und Klammern ihrer Witmenschen stets ein offenes Herz und eine offene Hand hat, und daß sie allen Befürsorgungen auf dem weiteren Gebiete sozialer Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen tatkräftig Interesse entgegenbringt. Wir sprechen bei in allen Kreisen der Bevölkerung beliebten Frau Blau, die vor kurzen ihren 70. Geburtstag feieren konnte, zu der ihr gewordenen hohen Auszeichnung unsern aufrichtigen Glückwunsch aus und hoffen, daß sie diese noch lange Jahre in Gesundheit und Frische tragen und der Stadt Merseburg und dem Vaterländischen Frauenverein noch recht lange erhalten bleiben möge.

* * * Ein kurzes Gewitter zog gestern in den Abendstunden über unsere Stadt, brachte aber nur geringen Niederschlag. Auch heute ist die Temperatur anhaltend warm und leider trotz des in den Nachmittagsstunden bedeckten Himmels noch keine Aussicht vorhanden, den so nötigen Regen zu erhalten. Die Schulen hatten heute nachmittag wieder hieselbe.

* * * Orsdau-Verein. In der gestrigen Generalversammlung des Orsdau-Vereins für Merseburg und Umgegend begrüßte der Vorsitzende, Direktor Dr. Orsdau, die Teilnehmer, gedachte mit ehrenden Worten des verstorbenen Mitgliedes des Vereins, Grafen v. Gaussonville, und teilte mancherlei über die nächsten Vereinsunternehmungen mit. Danach wird am 2. Juli d. J. in der Landwirtschaftlichen Hochschule hier selbst ein namentlich für die Hausfrauen berechneter Obstverwertungskursus abgehalten, in welchem Herr

Binder, Direktor der Obstbauschule zu Jz. Hburg, unter Benutzung der zu diesem Zwecke angebotenen Geräte praktische Fingerzeige über das Entschneiden des Beerenschnittes geben wird. Für den 7. September ist ein Ausflug nach Delsitz zur Besichtigung der Baumgärtlerarbeiten von Rönnecke u. Co. in Aussicht genommen, während am 26. Oktober im Thooit eine Obstschau in engerer Nähe stattfinden soll. — Nach Erstattung eines Interimistischen Berichtes über die im Mai d. J. in Halle stattgehabte Vertreterversammlung der Obst- und Gartenbauvereine der Provinz Sachsen durch Sekretär Kleinig mit hielt Lehrer Rönig-Kunstedt einen äußerst lehrreichen Vortrag über das für jeden Gartenbesitzer wichtige Thema: „Die Sommerbehandlung unserer Obstbäume“. Die Fragen wegen Lockerung und Düngung des Bodens, Bewässerung der Bäume, Sommerchnitt, Beschneiden mit Kupferstoffsäure zur Verhütung von Schädlingen, Beseitigung des madenbergenden Fallobstes, Ranken- und Blattlaus-entzückung usw. wurden eingehend erörtert und fanden eine aufmerksame Zuhörererschaft; gleichermäße wurde die sich anschließende, auf praktischer Erfahrung beruhenden Mitteilungen einzelner aus dem Gebiete des Obstbaues erprobten Mitglieder. — Der Verein bietet seinen Mitgliedern nicht nur in den Vereintversammlungen, sondern auch durch gemeinsame Ausflüge zur Besichtigung von Musteranlagen, auch durch Fachliteratur weitgehende Gelegenheiten zur Fortbildung auf diesem für die Volkswirtschaft bedeutungsvollen Gebiete, so daß der Beitritt nur empfohlen werden kann. Für den Jahresbeitrag von 2 50 Mark erhalten die Mitglieder die Monatszeitschrift für Obst-, Wein- und Gartenbau der Landwirtschaftskammer. Anmeldungen nimmt Sekretär Ulrich, Gartenberg 17, entgegen.

Das gestrige dritte Abonnements-Konzert erbrachte wiederum erneut den Beweis, daß sich in unserer Stadt Kapelle die „edle Musik“ in guten Händen befindet und daß sich die Leistungen der in deren Mitglieder der Kapelle von Woche zu Woche steigern. Mit aufrichtiger Freude konstatierten wir, daß das gegebene Konzert zur vollen Zufriedenheit der Zuhörer ausgefallen ist. Das Konzert hat gezeigt, daß der irische Hater, Herr Musikdirektor Horstler, seine Getreuen zu treffen und zu begeistern versteht. Es hieß „Guten Nacht“ trugen“, wollten wir noch mehr die guten Dienstleistungen des Herrn Horstler rühmen; sie sind aus allen zur Geringe bekannt. Die herrlichen Stimmen des gestrigen Konzerts waren „goldene“ Musik in silbernen Schalen und wurden sinnig und innig vorgetragen. Man merkte es der Vortragsmenge an, daß in den Übungsstunden mit unermesslichem Fleiß studiert worden ist, die sicher zum Gelingen führen mußte. Möge und die richtige Leiter noch recht oft, möglichst jede Woche einmal, durch solche schönen Konzerte erfreuen. — Die Besprechung der Hauptnummern des Programms können wir leider erst in der folgenden Nummer in freien Korrespondenzen bringen, da heute der Platz dafür fehlt. — Zum Schluß möchten wir Herrn Musikdirektor bitten, sich doch mit der Leitung unserer Theatertruppe in Verbindung zu setzen, damit Konzert und Theater nicht immer zusammenfallen. Wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weis. (Beifall.)

„Lidoli-Theater. „Förker-Gesellschaft“ Operette von Farno. Endlich einmal ein eingemachtes gut belaudetes Haus, aber noch nicht aufverkauf, wie es die Aufzuhörer wohl verdient hätte. Die Operette, wohl die beste Farnos, ist ein Werk, das sich nicht nur durch Melodien auszeichnet, sondern auch eine Handlung besitzt, wie man sie bei unseren modernen Operetten selten antrefft. Die Aufführung war durchweg eine gute; die ausgezeichnete Besetzung und Inszenierung verhalf der Operette zu einem vollen Erfolg, der allen Beteiligten zur Ehre gereicht. Allen voran Fräulein Schüller als Gattin, die mit jenem goldigen Gemüth von Innigkeit, Humor, Frische und Naturliebe, Charme und Gewandtheit als „Förker-Gesellschaft“ die Zuhörer zu rühren, zu erfreuen und zu bezaubern verstand. Auch gelanglich stand sie auf der Höhe und hat das Ganze eine prächtige Leistung. Fräulein Schüller kann als eine Subrette bezeichnet werden, wie man sie bisher auch nicht in Großstädten haben kann. Kritik hier öfter auf, und das dürfen wir wohl hoffen, dann wird sich auch der Besuch heben und dürfen volle Häuser keine Seltenheit mehr sein. Fräulein Schüller eroberte sich durch ihr gelegenes Spiel nicht nur das Herz ihres geliebten Kaisers, den Herr Werner Sauer-Meinecke mit Majestäts- und Serenitäts- güte bedachte, sondern auch des Publikums, das sehr lieblich und fast bei jedem Auftreten Beifall spendete. Die Herren de Wils und Zrinke und Herr Geyer betriehtigten in ihren Rollen, ebenso Fräulein Heine und Fräulein Heine in ihren Partisangeführungen und dem Duett im 2. Akt. Die Musik spielte mit Hingebung, die Chöre hätten etwas kräftiger ausfallen können, namentlich die sechs Hofdamen müßten sich gelanglich mehr annehmen. Im übrigen konnte alles vorzüglich. Die Herren sind, was ich besonders angenehm empfunden habe, merktlich abgemüdet, jedenfalls ein Verdienst des neuen Spielletters, Herrn Direktor Krause. Die Garderobeaufmachung war ebenfalls eine ansprechende, ja vornehm, nur hätte es nichts schaden können, wenn die Szene im Kaiserlichen Schloße in Wien defotatit etwas besser ausgefallen wäre. Sie machte einen ziemlich dürrigen Eindruck. Auch muß ich hier nochmals die unbedeutliche Ausprägung kritisieren: wenn man den Text nicht vorher gelesen hat, weiß man nicht, was es bedeutet, was gesprochen und gesungen wird. Ich erwähne dies hier wiederum, da mich viele Zuhörer darum gebeten haben, und hoffe, daß auch hier der neue Spielleiter für Mühselig sorgt.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abnahme von mehreren Exemplaren, bei Zustellung ins Haus durch unsere Anstalt in
der Stadt und auf dem Lande außerhalb derselben, durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Zuschlag. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Redakzion entnimmt Originalarbeiten für nur mit beifolgender Karteiennote gefahrt.
— Für Rückgabe unvollständiger Einblendungen übernimmt wir keine Verantwortung.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Beilagen oder deren Raum für Merseburg nach näherer
Umgebung 10 Pf., für die übrigen 25 Pf., anderwärts pro Seite
20 Pf., im Restenteil 40 Pf. Bei vollständiger Sachverständiger Anfertigung,
Geld für Extrabeilagen nach Vereinbarung. Für Nachnahmen und Offertenanfragen
sonstiger Art nach Absprache mit der Redaktion. Erfüllungsort Merseburg.
— Anzeigen für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher. Letztere
Anzeigen bis frühestens 9 Uhr. Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr 142

Freitag den 20. Juni 1913.

39. Jahrg.

Die Wirkung der Zarendepeche.

Daß Rußland alles aufbieten würde, um einen Krieg zwischen den Balkanverbündeten zu verhindern und die Einkluft zwischen diesen wieder herzustellen, war leicht vorauszusetzen. Die Gefügigkeit Bulgariens und Serbiens ist jedoch nicht so glatt und leicht zu erreichen gewesen, wie man angesichts der hohen Autorität, welche der Herrscher aller Reußen auf dem Balkan genießt, erwarten mochte. Nicht ohne merkwürdigen Widerwillen und nicht ohne Bedingungen und Einschränkungen unterwarf man sich dem guten Räte, die Führung des Kaisers der Entscheidung des russischen Kaisers anzuvertrauen. Mittlerweil hat sich aber und dort mußten vorübergehen, und die Antwort, welche König Ferdinand dem Zarenbefreier erteilte, ist formal von etnem Stolz und einer Festigkeit des Entschlusses durchdrungen, daß sie an und für sich in Petersburg imponieren könnte. Sie ist in einem Tone gefaßt, der von dem Bewußtsein herzurühren scheint, daß der bulgarische Souverän das Schicksal seines, dem Sultan noch tributpflichtig gewesenen Vorgängers auf dem Throne nicht fürchten zu müssen braucht. Als der Zarenbefreier auftrah, der moskowsischen Politik willfährig zu sein, wurde er belanlich nachlässigermode von russischen Schergen aus dem Bette geholt, über die Grenze geschickt und damit abgesetzt.

Im Grunde aber fügt sich König Ferdinand in seiner Erwiderung denn doch dem Worte des Zaren, und man ist in Petersburg sowohl von der Befriedigung, als auch von der lebhaften Mitäußerung befricbtigt, die dem Wortlaut nach in bezug auf die Forderungen ebenfalls alle Zumutungen des Gegners von sich weist, aber doch zu verstehen gibt, daß man dem russischen Schiedspruch mit Vertrauen entgegenstehe. Die zarische Regierung weiß sehr wohl, daß die Klindigungen der Balkanbünde nicht deren urreigen, unbedingten Ermüdungen entsprechen, sondern den Willen der nationalen Ultraansche, die in ihren Parlamenten die Mehrheit bilden. Diese National-Parteien machen in Wahrheit die Politik, und die Könige riskieren, fortgesetzt zu werden, falls sie ernstlich versuchen, eigene Wege zu gehen. Sind solche unumgebar geworden unter dem Zwange der Umstände, so muß den Anshnungen und Forderungen jener mentalen in der Form Rechtmä getragen werden. Zu

und selbstverständlich auch in Konstantinopel einen nachhaltig depressierenden Eindruck zu machen.

Andere Gefühle hat er in Österreich Ungarn hervorgerufen. Dort nimmt man Rücksicht daran, daß Kaiser Nikolaus die vier Könige auch in Rücksicht auf die gemeinsamen slavischen Interessen zur Einkluft zu machen für gut fand. Daß man in Wien dieses Moment nur mit geteilten Gefühlen aufgenommen hat, da die Stechen zwar viel slavisches Blut in den Adern fließen haben, aber doch keine Slawen sein wollen, tut wenig zur Sache. In Wien und Budapest glaubt man in dieser zarischen Hervorhebung eine panlawistische Richtung zu erblicken, die bedeutsam sei, weil alle bisherigen Herrscher Rußlands sich davor bewahrt hätten, in den Besatz panlawistischer Gesinnung zu kommen. In Wirklichkeit aber hat wohl noch niemand daran gewweifelt, daß irgend ein russischer Kaiser nicht beflissen gewesen wäre, die panlawistische Propaganda für seine Zwecke auszunutzen.

Das Besitztsteuerkompromiß.

Die „Rösnische Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion, in der zunächst auf den Widerstand der Einzelstaaten gegen die Reichsvermögenssteuer hingewiesen wird.

Dadurch schied sich, wie der Verfasser weiter ausführt, die Erbschaftsteuer in den Vordergrund. „Für die Erbschaftsteuer, ausgehend auf Abstammung und Erbgut, treten ein: Nationalliberale, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie, also die Mehrheit des Reichstages. Es ist kein Zweifel, daß der Bundesrat diese Erbschaftsteuer annehmen würde, und es ist ein sines Geheimnis, daß viele Bundesstaaten eine solche Entschlieung des Reichstages er hoffen. So wirt sich die Frage auf, weshalb die liberalen Parteien nicht ohne Rücksicht auf die Rechte den Antrag wegen der Erbschaftsteuer einbringen. Die Gründe sind klar. Es wird zunächst verständlich sein, wenn der Versuch gemacht wird, bei einer so wichtigen nationalen Frage, wie es die Behrvorlage ist, auch bei der Deckung die Einigung der Fraktionen herbeizuführen. Wird eine Einigung mit dem Reichstag auszuführen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum — man denke an 1887 und 1893 — mangels beschlossener Deckung oder weil ihm die beschlossene Finanzierung des Kindeserbe nicht paßt, die Behrvorlage in dritter Lesung ablehnt. Das ist zwar nicht wahrscheinlich, aber immerhin möglich! Die nationalliberale Partei wird einer solchen Möglichkeit mit Ruhe entgegensehen, unter der Parole „Behrvorlage und Erbschaftsteuer“ wird sie des Erfolges bei den Wahlen sicher sein. Ebenso wichtig wird es aber sein, wenn sie und mit ihr die Volkspartei, die Hand zur Einigung bietet.

So erklärt sich der Versuch, auf Grund des Besitztsteuergesetzes, das die Regierung vorgelegt hat, eine Einigung zu erzielen, und es mit dem Vermögenszuwachssteuergesetz als Einigungsgrundlage zu versuchen. Es enthält die Besteuerung des Kindeserbes in abgeschwächer Form und darin die Einigungsbasis. Bekanntlich hat die preussische Regierung von Anbeginn versucht, das Vermögenszuwachststeuerrecht zum Hauptstück der Deckungsvorlagen zu machen, ist dabei aber auf den Widerstand anderer Bundesstaaten gestoßen.

Welngt die Einigung nicht, dann bleibt, so schließt die Zukunft, den Liberalen Fraktionen nichts anderes übrig, als ihre Anträge wegen der Erbschaftsteuer einzubringen. In der nationalliberalen Fraktion ist darüber vollständige Einigkeit vorhanden. Es steht indes zu erwarten, daß eine Einigung in der Kommission zwischen Zentrum und den beiden liberalen Fraktionen erfolgt, daß sich die Sozialdemokratie und wenn sie nicht übel beraten ist, auch die fortschrittliche Partei anschließen werden. Daß einer solchen Einigung gegenüber sich die verbündeten Regierungen ablehnend verhalten könnten, müssen wir als ausgeschlossen erachten, da sich für die Regierungsvorlage keinesfalls eine Mehrheit finden wird.

Über die Reichsvermögenszuwachststeuer veröffentlicht Abg. u. Bayer in der „Frankf. Ztg.“ einen längeren Artikel, den wir folgende Stellen entnehmen:

Es wird mit großer Bestimmtheit verlangt, man solle statt dieses Zuwachses jeweils das Vermögen selbst zu besteuern, also eine normale Reichsvermögenssteuer einführen. Dem Reich könnte das recht sein, denn diese Steuerquelle fließt reichlicher. Bei der ersten Lesung der Deckungsvorlage haben sich Zentrum, Sozialdemokratie, Nationalliberale und Volkspartei für eine solche Vermögenssteuer ausgesprochen, und es ist formlos zweifellos eine große Mehrheit für sie im Reichstag vorhanden. Der Fall ist nur der, daß die verbündeten Regierungen — legen wir einmal solche dieser Steuer keinesfalls zustimmen werden, weil sie notwendig brauchen, um leben zu können, und daß sie sehr ungern auch nur der einmaligen Besteuerung des Zuwachses zustimmen.

Was wird nun der Zuwachssteuer sonst noch vorgenommen? Daß sie eine Besitzsteuer ist, kann doch eigentlich niemand bestreiten. Daß sie also gleichmäßig erfaßt, ist bei gerechter Verteilung gleichfalls unbestreitbar. Da nur größere Vermögen, sagen wir einmal solche von 10000 bis 20000 M., an steuerpflichtig werden sollen, wenn sie wachsen, kann man von einer unbilligen Belastung der Kleinen auch nicht reden. Da die Veranlagung nur alle drei Jahre einmal kommt, und da ansonst höhere in der dreijährigen Periode entfallende Vermögenszuwächse — legen wir einmal solche nicht unter 10000 M. — unpaßt werden sollen, kann man auch von einer kleintlichen und diskontinuirlichen Steuer nicht reden. Das Einbringen der Steuerbehörde in die Verhältnisse des Steuerablers wird kein Daar größer sein, als das bei Veranlagung der einzelstaatlichen Vermögensteuer und bei dem Besitztsteuertrag. Aber, selbst es, die Steuer sei, eine Steuer an den Erben, der selbst. Wie oft denn? Gemäß wird nur der, der etwas vor sich bringt, besteuert. Aber ist denn das bei der Vermögenssteuer nicht auch so? Dort wird er sogar mit seinem früher vorhandenen und keinem neuerdings angewachsenen Vermögen jedes Jahr besteuert, bei der Vermögenssteuer nur einmal mit dem Zuwachs. Und die Erbschaftsteuer umfaßt in der Regel den nach dem Tode der Verstorbenen und Scharfamen anders, als den des Trägers oder Verstorbenen, weil er größer ist.

Ein Zentrum ist es auch, wenn die Kapitalisten fürchten, bei wiederholten Schwanungen der Kurse ihre Wertpapiere könnte eine mehrmalige (schonmalige) Vermögensvermehrung durch Kurssteigerungen bei ihnen auch mehrmals als Zuwachs verzeichnen werden, während durch sie doch nur frühere Kursverluste aus dem Gebiete wieder eingeholt werden. Der Steuer wird aber in Wirklichkeit stets der höchste, einmal erreichte Stand des Vermögens zugrunde gelegt. Nehmen wir als Beispiel einen Kapitalisten, der auf den 31. Dezember 1913 als sein Vermögen 100000 M. einer Aktie, die parci hoch steht; nach drei Jahren steigt sie 120, er veräußert den Zuwachs von 20000 M. und nach drei Jahren steigt sie auf 90, natürlich zahlte er nichts. Dann aber zahlte er Zuwachs nicht etwa, wenn sie wieder auf 100, 110 oder 120 steigt, sondern erst wieder, wenn sie an einem Stichtage über 120 steigt.

Ein anderer Vorwurf geht dahin, daß es das einzig richtige gewesen wäre, die Erbschaftsteuer auf die Kinder auszuheben. Es wäre in der Tat schon gewesen, den schwarz-blauen Block gerade und angeblich wichtigste gewählt hat, d. h. ihn in der Erbschaftsteuer niederzukommen. Aber eigentlich haben wir doch kein Interesse daran, den schwarz-blauen, nahezu die Mehrheit bildenden Block geradezu zusammenzubrechen. Es ist auch ein Erfolg, gerade auf diesem Gebiete die Konservativen zu isolieren, und in der Sache gibt das Zentrum ja nach und die vom Bund der Landwirte geführten Konservativen verlieren die Schlacht. Die Erbschaften der Kinder, die auch nichts anderes sind als Vermögenszuwächse, werden ja als solche besteuert, wenn auch nur einmal und nicht jährlich, wie die anderen Erbschaften, die zunächst Erbschaftsteuer zahlen und vom verlebenden auch die Zuwachssteuer. Aber man will und muß doch auch die Kinder milder behandeln als die anderen Erben. Dann aber die Hauptfrage: Die Besteuerung des Kindes hat natürlich auch ihre Grenzen, und es wäre knapp möglich gemelen, so viel aus ihr herauszuholen, als man neben den anderen Steuerquellen der verbündeten Regierungen. Erhebt des Staates. Einführung der Stempel auf Errichtung von Gesellschaften, Einführung des Stempels auf Versicherungsverträge und Verbeibaltung des Reichsstaufzuges zum Grundstückstempel unbedingt notwendig ist. Diese Steuerzuschläge aber sind wenig erträulich. Aus der Veranlagung allen Vermögenszuwachses kann man aber begreiflicherweise mehr herauszuholen als aus der Besteuerung der Erbschaften allein, und es lohnt sich schon Tadel zu verdienen, wenn wir dieses Mehr nicht zuwenden wollen. Es befaßt uns, vom Erbe des Staates, dessen Freunde immer weniger zahlreich werden, abzuleben, den tatsächlichen fiskalischen Zu-

